Nr. 17 Juli 1986

rotdorn

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Einstieg in den Ausstieg

Unser derzeitiger Medebacher Bürgermeister übt für seinen bevorstehenden Einzug in den Bundestag. In der Westfalenpost gibt es nun häufig seine Ergebenheitsadressen an Kohl und die Bundesregierung zu lesen, so auch wegen des Reaktorunfalls in Tschernobyl.

Dabei hatte er aber wohl etwas zu übereilt reagiert. Denn selbst in der CDU drückt man sich inzwischen etwas vorsichtiger zur Frage der Kernkraft aus, ganz zu schweigen von der nachdenklich-intelligenten Stellungnahme des CDU-Landesvorsitzenden Biedenkopf.

Das kritiklose Nachplappern von Sprüchen der interessierten Kernkraftwerksindustrie durch Bundeskanzler und CDU-Kreisvorsitzende kann kaum der Weisheit letzter Schluß sein. So einfach, wie die beiden sich die Sache denken, ist sie nicht.

Gewiß wird man nicht von heute auf morgen die bestehenden Kernkraftwerke stillegen können. Immerhin müssen wir an die dort Beschäftigten denken. Wir müssen konventionelle Kraftwerke umweltfreundlich ausrüsten und, worauf der Bundespräsident gedrängt hat, mehr für die Einsparung und die Entwicklung alternativer Energiequellen tun. Aber Milchmädchenrechnungen sollten wir nicht mehr aufmachen. Wir kommen nämlich auch ohne Kernkraft aus. In der Bundesrepublik sind z. Zt. rd. 81.100 Megawatt Strom installiert, wir benötigen aber in der Spitze allenfalls 56.000 Megawatt (zzgl. 10.000 Megawatt Reserve). Und daß Atomstrom billiger wäre, ist ein bewußt falsches Argument. Denn dabei werden die Kosten der Entsorgung nicht berücksichtigt. Diese zahlt nämlich allein der Staat und nicht die Elektrizitätswirtschaft, wir alle also, statt auf der Stromrechnung auf dem Steuerzettel.

Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken muß ein Kernkraftwerk nach 25 Jahren Betriebsdauer abgerissen werden. Der Abriß allein kostet zwischen 1 und 1,5 Mrd. DM, das sind 20-30% der Aufbaukosten. Und wir wissen noch nicht einmal, wo dann endgültig die anfallenden Unmengen Atommüll gelagert werden sollen.

Nein: Billiger ist Atomstrom sicher nicht! Erst recht nicht, wenn die teuere Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf gebaut werden sollte, die Uran nur weit über Weltmarktpreis liefern könnte.

Vor allem aber: die Kernkraftwerke sind eben doch nicht so sicher, wie Kanzler und Bürgermeister glauben. Tschernobyl wurde von unserer Elektrizitätswirtschaft vor 2 Jahren noch als Vorbild für Sicherheit dargestellt. Einen großen Unfall — das Restrisiko — werde es nur alle 10.000 Betriebsjahre geben, hat man errechnet.

Das bedeutet: bei jetzt rund 400 Kernkraftwerken auf der Welt gibt es statistisch alle 25 Jahre einen großen Unfall. Bauen wir unverdrossen weiter, gibt es 1995 schon 1.000 Kernkraftwerke, also alle 10 Jahre einen großen Unfall!

Deshalb ist jedes nicht gebaute und jedes abgeschaltete Kernkraftwerk ein Mehr an Sicherheit. Das Argument unseres Kanzlers, solange die Nachbarn Kernkraftwerke haben, nütze Stillegung in der Bundesrepublik nichts, erweist sich als logisch unhaltbar.

Ein Verkehrsunfall ist mit seinem Ereignis zugleich beendet. Ein Kernkraftwerksunfall ist im Gegensatz dazu erst der Beginn jahrzehntelanger Bedrohung und Verseuchung. Der Vergleich Verkehrsunfälle — Kernkraftwerksunfälle stammt demnach wohl auch von Kohls Milchmädchen.

Am merkwürdigsten mutet das Vertrauen in Sachverständigenaussagen an. Es ist doch gewiß nicht unbekannt, daß es unter ihnen sowohl Befürworter wie Gegner gibt. Wie man sich bei so unterschiedlichen Aussagen als vernünftiger Mensch verhält, mag das Beispiel eines Pilzesammlers zeigen: Er findet einen ihm unbekannten Pilz, legt ihn zwei Kennern vor und hört von dem einen, der Pilz sei eßbar, von dem anderen, der Pilz sei giftig. Würden Sie den Pilz essen?

Aus dem Rathaus

SPD setzt sich durch

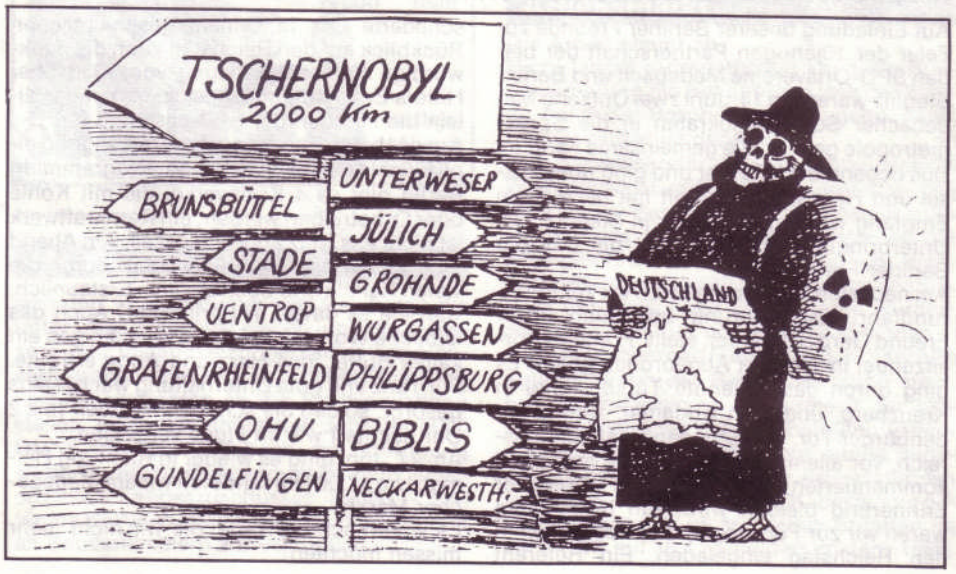
Sowohl bei der möglichen „Diätenerhöhung" für die Stadtvertreter als auch bei der Bereitstellung von 2 weiteren Ausbildungsplätzen hat sich die SPD-Fraktion im Rat durchgesetzt.

Im Haushaltsentwurf für 1986 hatte die Verwaltung bereits 33.800,— DM für die mögliche Erhöhung der Aufwandsentschädigungen der Stadtvertreter vorgesehen. CDU und FDP hätten wohl, zumindest mehrheitlich eine Erhöhung auch gerne beschlossen, jedoch ohne Zustimmung der SPD wollten sie von ihrer Mehrheit in diesem Fall wohl doch nicht Gebrauch machen. So konnte die SPD durch ihre Standfestigkeit den Medebacher Bürgern, wie wir meinen, unnötige Mehrausgaben ersparen. Die SPD-Fraktion beantragte vielmehr für einen Teil des eingesparten Geldes lieber 2 Ausbildungsplätze bei der Stadt zu schaffen. Diesem Antrag folgte der Rat dann auch einstimmig.

Schade nur, das auf Drängen der CDU bei der Einstellung gleich darauf hingewiesen werden soll, daß die Stadt nicht beabsichtige die jungen Leute nach der Ausbildung zu übernehmen. Eigentlich bedauerlich, wo doch nach Aussage vom Stadtdirektor Arbeit für beide nach der Ausbildung vorhanden wäre.

Unsere Mitinitiative

Auf Antrag der SPD-Fraktion verabschiedete der Rat einstimmig einen Antrag an den Hochsauerlandkreis, worin dieser aufgefordert wird, in Medebach eine ständig besetzte Rettungswache einzurichten. In der vorausgegangenen Diskussion wurde vom SPD-Stadtvertreter Hiemer auf die doch unbefriedigende Rettungsdienstversorgung im Raum Medebach hingewiesen. So wird die vom Land vorgegebene, oft lebenswichtige Toleranzzeit von 8 Minuten (Zeit zwischen Alarmauslösung und Eintreffen des Rettungsdienstes am Unfallort) in ca. 60% der Einsätze nicht erreicht.



Bericht aus Bonn

Franz Müntefering (MdB) zieht Bilanz:

Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl muß Bilanz gezogen werden:

Die Schulden des Bundes sind seit 1983 gewachsen, schneller als zuvor. Das Geld, das beim sozialen Kahlschlag aus den Taschen der unteren Einkommensgruppen geholt wurde, bleibt nicht in den Kassen des Bundes. Die Firmenpleiten sind gestiegen, auf mehr als 19.000 in einem Jahr. Mehr als je zuvor. Das Schlimmste: Die Arbeitslosigkeit ist höher als je zuvor, 500.000 mehr als Ende 1982 sind arbeitslos. Und immer mehr sind immer länger arbeitslos.

Und die Ausbildungsplätze, die vom Kanzler persönlich allen versprochen waren, sind auch noch rar.

1982/83 hat mancher gehofft, das Lächeln Kohls sei mehr als Selbstzufriedenheit. Auch Arbeitnehmer haben damals auf ihn gesetzt. Diese Hoffnung ist hin. Da kann keiner mehr Illusionen haben.

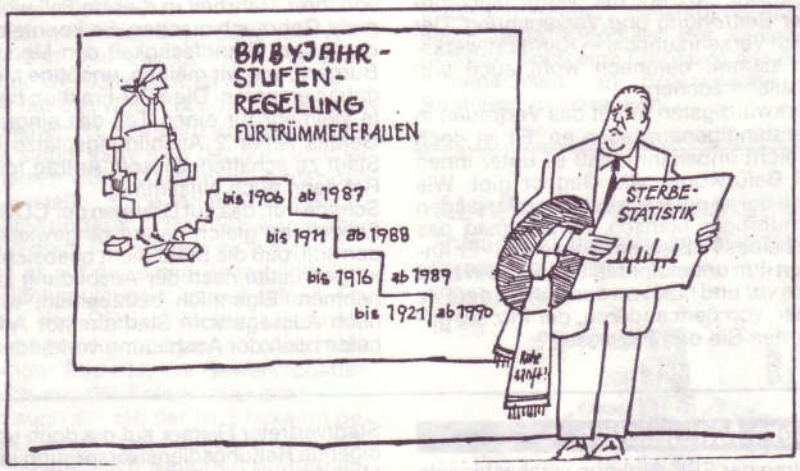
Wir brauchen einen Kanzler, der hält, was er verspricht und der die richtigen Prioritäten setzt:

— Kampf der Arbeitslosigkeit. Zu Wundern ist keiner fähig. Aber Unternehmergewinne und Wachstum allein sind noch keine Politik für die Mehrheit.
Die Politik dieser Regierung ist einseitig. Das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt" brächte allein 300. - 400.000 Arbeitsplätze. Und es muß weitergehen mit der Arbeitszeitverkürzung.

— Die Rechte der Arbeitnehmer sind in Gefahr. Sie sind ohnehin bescheiden. Nach der Novelle des AFG § 116 wollen Kohl und Bangemann in der nächsten Legislatur aber auch noch das Betriebsverfassungsgesetz schleifen.

— Tschernobyl muß Konsequenzen haben. Zug um Zug muß der Weg aus der Kernenergie gesucht werden, denn das mit ihr verbundene Risiko ist zu groß. Die Politik und die Wissenschaft — die beide vor 20 Jahren die friedliche Nutzung der Kernkraft begrüßten — müssen bereit sein, dazuzulernen und sich zu korrigieren. Die SPD will das.

— Seit Kohl regiert, haben wir mehr Raketen im Lande, unterstützt die Bundesrepublik SDI (Waffen am Himmel), kauft die Regierung munter weitere Waffen, liefert unser Land immer mehr Waffen in die Welt, dienert Kohl vor dieser US-Regierung, wird Entspannung ein Fremdwort für bundesdeutsche Politik.
Versöhnen statt spalten, — fordert Johannes Rau.
Darauf kommt es an.
Nicht solche mit und solche ohne Arbeit.
Nicht solche mit und solche ohne Ausbildungsplatz.
Nicht Waffen gegeneinander, sondern Entspannung miteinander.
Nicht Angst vor atomaren Katastrophen, sondern gemeinsam ungefährliche Energien suchen. Nicht solche mit Allmacht und solche ohne Rechte.
Versöhnen statt spalten, mit Johannes Rau.



„Stufenweise geregelt! Vieles regelt sich ja nach Gottes unerforschlichem Ratschluß rein biologisch!"

Medebacher SPD besuchte Berlin

Auf Einladung unserer Berliner Freunde zur Feier der 10jährigen Partnerschaft der beiden SPD-Ortsvereine Medebach und Berlin-Steglitz waren am 14. Juni zwei Dutzend Medebacher Sozialdemokraten in die Spreemetropole gereist. Die gemeinsame Fahrt im Bus begann um 8.30 Uhr und ging über Kassel und Helmstedt. Ankunft mit herzlichem Empfang war um 17.30 Uhr in Steglitz. Die Unterbringung erfolgte privat bei unseren Berliner Freunden.
Am nächsten Morgen starteten wir zur Stadtrundfahrt. Die Führung übernahm unser Freund Gerd Schneider, stellv. Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus. Es ging durch das bekannte Türkenviertel in Kreuzberg, über den Kudamm, zum Brandenburger Tor. Vier Stunden einer kenntnisreich, vor allem geschichtlich hervorragend kommentierten Fahrt, die lange in unserer Erinnerung bleiben wird. Am Nachmittag waren wir zur Führung und Kaffeetrinken in den Reichstag eingeladen. Ein Referent schilderte uns in seinem geschichtlichen Rückblick auf den Reichstag auch die denkwürdige Reichstagssitzung von 1933 über Hitlers Ermächtigungsgesetz, gegen das allein die Fraktion der SPD gestimmt hat.
Am nächsten Tag stand die Besichtigung eines Kohlekraftwerks auf dem Programm. In Berlin gibt es 4 Kraftwerke, die mit Kohle oder Öl betrieben werden; ein Kernkraftwerk ist nicht ans Netz angeschlossen. Am Abend ging es mit einem großen Schiff durch die vielen Kanäle und Seen Berlins. Erstaunlich, wieviele es davon in Berlin gibt! Auch das leibliche Wohl kam nicht zu kurz. Es gab ein kaltes Büffet, das Herz und Auge erfreute. Für Tanz und gute Unterhaltung war bestens gesorgt, so daß die schönen Stunden (bis 2 Uhr nachts!) wie im Fluge vergingen.
Am 17. Juni ging es wieder in Richtung Heimat. Um 17.00 Uhr landeten wir am Medebacher Markt.
Es waren schöne Tage, die wir nicht mehr missen möchten!

Zur Sache

- Kompostierung in Medebach -

Schon einmal haben wir im „Rotdorn" im Zusammenhang mit dem Abfallbeseitigungs-Konzept des HSK's über Einsparungen des zu entsorgenden Müll's, durch getrennte Einsammlungen von wiederverwertbaren Stoffen, wie: Glas, Metall, Papier und Komposte berichtet. Nun möchten wir Sie über den Sachstand der zum Bau anstehenden Kompostierungs-Anlage für das Stadtgebiet informieren. Zu einem nicht unwesentlichen Teil hat die SPD-Fraktion im Umweltausschuß und im Rat, ihren Beitrag dazu geleistet, daß in der Stadt Medebach eine Kompostierungsanlage erstellt wird. Die zu erwartenden Einsparungen des gesammten Müllaufkommens durch diese Anlage (auch, durch die privaten im Garten aufgestellten Kompostierkästen) könnten sich damit auf ca. 25-30% belaufen. Was sich bestimmt vermindert auf die Abfallbeseitigungs-Gebühr auswirken wird. Der Stadtrat hat nun am 21. 3. 1986 beschlossen, dem Info-Ingenieurbüro Witzenhungen — einen Auftrag über eine genehmigungsreife Planung einer Kompostierungsanlage, für die Auftragssumme von ca. DM 10.000,— zu erteilen. Da diese Summe im Haushalt nicht enthalten war, muß dieses Geld über den Nachtragshaushalt veranschlagt werden. Einige wichtige Einzelheiten der zu erarbeitenden Planung:

a) einen geeigneten Standort für die Kompost-Anlage suchen,
b) Pläne für die Anlage selbst zu erstellen,
c) Kostenvoranschläge für die Gesamtfinanzierung erstellen,
d) Erstellung einer Anleitung, kompostierfähiger Abfälle, für alle Haushalte u. ä.

Desweiteren ist daran gedacht, vielleicht eine gemeinsame Kompostieranlage mit unseren Nachbarstädten (z. B. Hallenberg) zu betreiben. Gespräche hierrüber sind auf Verwaltungsebene schon geführt worden.
Die Standortfrage ist sicherlich eine entscheidende Komponente zum Bau dieser Anlage. Aus bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet, weiß man, daß der Bau dieser Anlage am günstigsten in der Nähe von bestehenden Kläranlagen installiert werden sollte. Hier bieten sich in Medebach evtl. drei Standorte an.

1) An den Kläranlagen in Berge und
2) Oberschledorn
3) An den zu erstellenden Klärteichen in Dreislar.

Obwohl die Ausarbeitung zu der Standortfrage vom Info-Ingenieurbüro noch nicht vorliegt, hat die Verwaltung mit der Vorl. Nr. 840 den Kauf von Grundstücken (speziell in der Gemarkung Berge) schon vorgeschlagen und der Hauptausschuß hat den Vorschlag am 2. 7. 1986 zugestimmt. Der Rat stoppte allerdings diese vorherige „Standortfrage" und stellte diese Entscheidung bis zur Vorlage der Abschlußberichte des INFO-Büros zurück. Noch eins, zu den Befürchtungen der Skeptiker dieser Anlagen, es würde starke Geruchsbelästigungen geben, muß gesagt werden, daß es bis zum jetzigen Zeitpunkt von bestehenden Kompostierungsanlagen, keine Bestätigung für diese Annahme gibt.

Im Rathaus notiert

In den nächsten Wochen wird fer Bürgermeister eine Bürgermeisterkette erhalten.
Die im Rat vertretenen Fraktionen einigten sich darauf, die Mittel für die Anschaffung einer Bürgermeisterkette aus den Fraktionskassen bereitzustellen. Auf der Kette, die den Bürgermeister wohl erstmals auf dem Bundesschützenfest schmücken soll, werden die Wappen der Ortsteile sowie das Stadtwappen zu sehen sein.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach
Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5, 5789 Medebach
Satz/Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen

Zensur

Jeder weiß, daß unser Grundgesetz die Zensur abgeschafft hat. Freie Meinungsäußerung, freie Berichterstattung in Presse und Rundfunk gehören zu den grundlegenden Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie.

Deshalb wird man wohl kaum fehlgehen, deren Einschränkung im Freistaat Bayern als Verstoß gegen die demokratische Grundordnung unseres Staates anzusehen. In München aber sieht man das wohl anders. Der Vormund FJS bestimmt, was den unmündigen Bürgern das Fernsehen dort vorsetzt. Die Absetzung der Sendung „Scheibenwischer" im Bayerischen Rundfunk ist ganz zweifellos ein Akt direkter Zensur. Wo kämen wir denn auch hin, wenn jeder Bürger sich sein eigenes Urteil über Fernsehsendungen bilden dürfte?

In Bayern gehen die Uhren nun mal anders. Und Medebacher Politiker scheinen dem Vorbild des südlichen Freistaates nacheifern zu wollen. Sollten auch in Medebach die Uhren anders gehen?

Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls angesichts der Affäre um einen Mann auf, der sein Gehalt auch für nicht geleistete Arbeitsstunden erhalten hat. Dies hat er jedenfalls der Zeitung erklärt, und die Zeitung hat es gedruckt.[1])

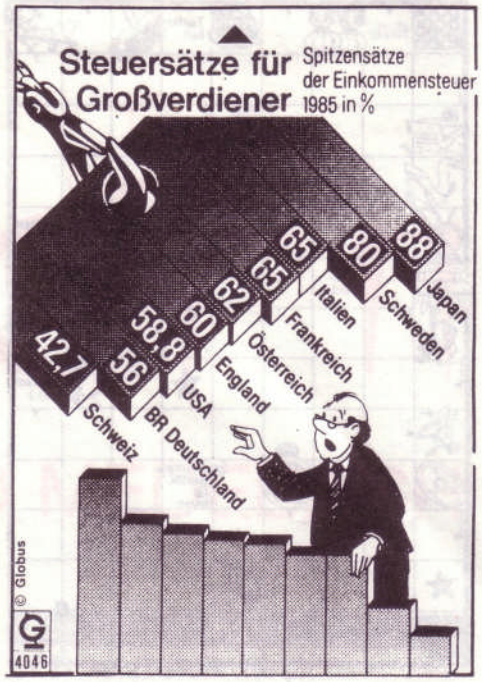
Das wiederum fand unser Bürgermeister offenbar empörend. So was bringt man doch nicht in der Zeitung! „Es beunruhigt", so sagte er[2]), „ganz unnötig die Bevölkerung". Daher habe er Redakteur und Verleger angesprochen und deutlich gemacht, die Zeitung dürfe über diese Sache nichts mehr bringen. Die Westfalenpost habe ja auch nichts geschrieben.

Ist das keine Zensur?
Unser Bürgermeister wird diesen Vorwurf bestimmt weit von sich weisen. Ihm dürfte wohl bis heute die Unzulässigkeit seines Druckes auf die Zeitung nicht klar geworden sein. Denn andernfalls hätte er sich dessen nicht auch noch in öffentlicher Ratssitzung gerühmt. Er hat überhaupt noch nicht gemerkt, daß sein Verhalten gegen einen Grundwert unserer Verfassung verstößt.
Seinem Parteifreund und Schulausschußvorsitzenden geht es nicht anders. Unsere verhaltene Mahnung im letzten „rotdorn" haben die beiden Herren bis heute nicht begriffen.

Herr W. Schmiedeler fühlte sich bloß gekränkt. Aber er hat sogleich den Beweis für die Richtigkeit unserer Kritik angetreten: In der Schulausschußsitzung vom 4. 2. 1986 versuchte er, Diskussionsbeiträge abzuwürgen und ließ einen ordnungsgemäß gestellten Sachantrag rechtswidrig zur Abstimmung nicht zu.

Wie kann man den beiden nur erklären, daß sie durch das freistaatlich bayerische Vorbild auf Abwege geführt werden? Die traditionelle Überzeugung, es als Ministerpräsident in Bayern oder als Bürgermeister in Medebach eben besser zu wissen als die Bürger, ihnen — zu ihrem eigenen angeblichen Wohle — Informationen nur gefiltert und zensiert zukommen zu lassen, ist nun mal undemokratisch. Ob der Bürgermeister bei solchem Demokratieverständnis seine Kandidatur für den Bundestag nicht noch einmal überdenken sollte?

Anmerkungen:
[1]) Waldeck. Landeszeitung vom 22. 1. 1986
[2]) Ratssitzung vom 28. 2. 1986

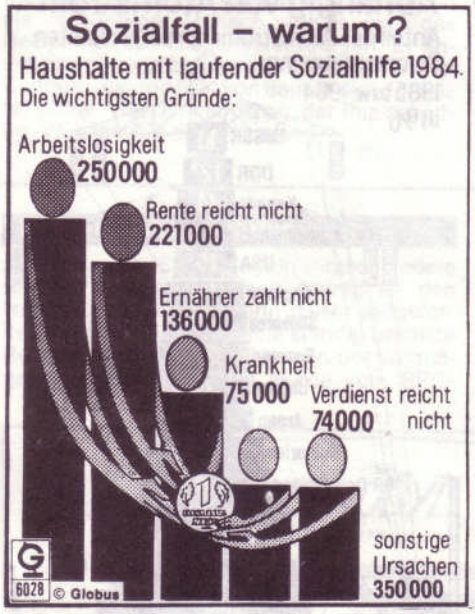


Zitat

Bemerkenswertes gab Bundesfinanzminister Stoltenberg am 2. 7. 1986 vor der Bundespressekonferenz von sich:
. . . die Neuverschuldung in den nächsten Jahren wird leider wieder ansteigen . . .
. . . dieses ist aber nicht so tragisch wenn die Neuverschuldung einhergeht mit Steuersenkungen . . .
Für jedermann verständlich heißt dieses: Es ist unvernünftig sich zu verschulden um die Sozialleistungen abzusichern (wie unter Kanzler Schmidt), vernünftig dagegen ist eine erneute kräftige Verschuldung, wenn man damit den Besserverdienenden Steuergeschenke machen kann, denn das sind ja schließlich die Leistungsträger in diesem unserem Lande.
Tatsache ist, das bei der geplanten 2. Stufe der Steuerreform, für die der Finanzminister tief in die Tasche greifen muß, nur der Steuern spart, der als Lediger (mit 1 Kind) mindestens 36.000 DM oder als Verheirateter (mit 1 Kind) mindestens 60.000 DM Jahresbruttoeinkommen hat, so geht an der Masse der Arbeitnehmer die vielgepriesene 2. Stufe der Steuerentlastung spurlos vorüber.

Die neue Armut

Rund 760.000 Haushalte bezogen Ende September 1985 Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz.
Gegenüber 1981 ist das eine Steigerung um fast 60%!!!
Die Ursachen liegen zum überwiegenden Teil an der ständig steigenden Massenarbeitslosigkeit. So erhalten immer mehr Dauerarbeitslose kein Arbeitslosengeld mehr — reicht die geringere Arbeitslosenhilfe nicht, bleibt nur der Gang zum Sozialamt. Direkt zum Sozialamt müssen sowieso immer mehr jugendliche Arbeitslose, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, denn sie haben überhaupt keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.
Es ist eine Schande, daß man sich seitens der Bundesregierung immer mehr mit diesem Mißstand abfindet.
Die Arbeitslosen wollen nicht sozusagen geduldet dem Staat auf der Tasche liegen — sie wollen Arbeit und für die Arbeit eine gerechte Bezahlung.
Tun sie endlich was Herr Kohl! Hören Sie endlich auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft zu beschwören. Wenn sie bei Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit nicht abbauen können, wann denn dann — der nächste Abschwung steht schon vor der Tür, da hilft auch ihre optimistische Propaganda nichts.
Aber vielleicht rechnet die Bundesregierung auch ganz anders — denn schließlich werden immer mehr Arbeitslose vom Sozialamt bezahlt und diese Kosten braucht der Bund ja nicht zu zahlen. So sollen dann wohl in Zukunft die Kommunen für die miserable Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung bezahlen. Sehr nobel Herr Kohl — sehr nobel.



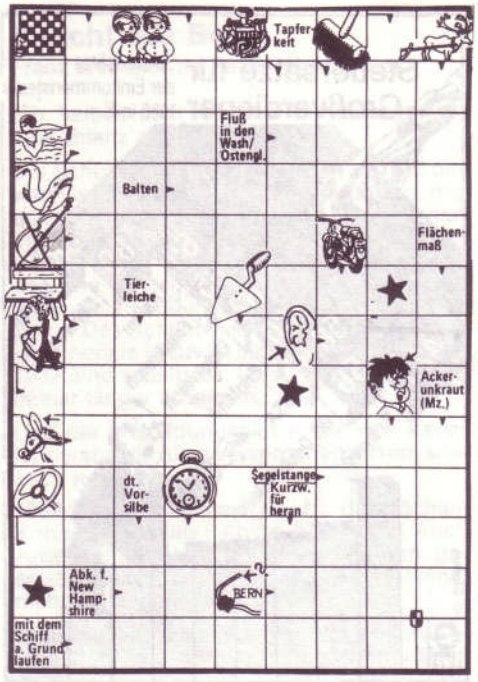
Hinweis

Achtung — Eigentümer von Gebäuden die unter Denkmalschutz stehen, und die in diesem Jahr Instandsetzungen an diesen Häusern durchführen wollen, können sofort einen Zuschußantag an die Stadtverwaltung stellen. Nach dem im letzten Jahr nur 6000 DM hierfür in Medebach zur Verfügung standen stehen in diesem Jahr, dank eines erhöhten Landeszuschusses 15.000,— DM für die Bezuschussung von Baumaßnahmen an Baudenkmälern zur Verfügung.

Arbeitsmarkt

Die Arbeit nimmt ab

Nicht länger aufrechthalten kann die Bundesregierung die Behauptung, seit der Wende habe die Beschäftigung zugenommen. Das Gegenteil ist der Fall.
Der Staatssekretär im Arbeitsministerium Wolfgang Vogt, mußte jetzt eingestehen, daß die Zahl der Beschäftigten 1985 deutlich unter der des letzten Regierungsjahres der SPD-geführten Bundesregierung liegt. Während 1982 noch 22,436 Millionen Beschäftigte in den Statistiken ausgewiesen wurden, waren es 1985 nur noch 22,253 Millionen.
Auf welch tönernen Füßen die Mehrbeschäftigungstheorie der Bundesregierung steht, belegt darüberhinaus ein Vergleich der Jahresarbeitsstunden der beschäftigten Arbeitnehmer: Staatssekretär Vogt mußte zugeben, daß die Summe dieser Arbeitsstunden in der Regierungszeit der CDU beständig gefallen ist, von 37,65 Milliarden Stunden im Jahr 1982 auf 36,1 Milliarden im Jahr 1985.



Der Kommentar

Nun hatte sich der CDU-Kreisvorsitzende doch solche Mühe gegeben, war er doch in den letzten Monaten ständig unterwegs von einer zur anderen CDU-Versammlung im Hochsauerlandkreis, um seine Parteifreunde auf sich als aussichtsreichen Kandidat für die CDU-Landesliste für die Bundestagswahl 1987 einzuschwören.
Fast täglich waren seine Sprüche vom Aufschwung und den Erfolgen des Kanzlers Kohl in der Westfalenpost zu lesen.
Aber nun hat das wohl doch nicht geklappt mit dem sicheren Listenplatz für die Bundestagswahl, dabei hatte sich der Medebacher Bürgermeister wirklich linientreu hinter den Kanzler gestellt. Seine offenen Briefe zu Tschernobyl und zum 1. Mai 1986 waren aber wohl dann doch ein bißchen zu viel des Guten, hatte er auf der einen Seite blind dem Kanzler nachgeplappert, ist bei seinen Angriffen auf den DGB wohl sein Unternehmerherz mit ihm durchgegangen, als er mehr oder weniger forderte, die Gewerkschaften sollten sich aus der Politik raushalten.
Wie dem auch sei, mit der jetzt bekannt gewordenen Plazierung auf der CDU-Landesliste wird er wohl auch weiterhin Bürgermeister in Medebach bleiben — denn anscheinend sind auch seine Pareifreunde mittlerweile der Ansicht, er verstehe wohl mehr vom Kaffeerösten als von der Bundespolitik — und dabei hatten sich in Medebach schon der eine oder andere eifrige CDU-Politiker Hoffnungen auf den Bürgermeistersessel gemacht.

Letzte Meldung

Noch im nächsten Jahr soll in Medebach ein neues Informationszentrum entstehen. Geplant ist die zusammenhängende Aufstellung von Informationsvitrinen in denen dann Stadt, Vereine und Parteien ihre Informationen an den Bürger bringen können. Mögliche Standorte wären im Marktplatzbereich oder in der Oberstraße (nähe Rathaus) aber auch ein Informationszentrum in der Bachstraße wäre denkbar. Zunächst sollen jedoch erst einmal alle Vereine, Parteien usw. zusammengerufen werden, denn die Planung kann nicht ohne diejenigen betrieben werden, die die Informationsflächen nachher auch nutzen sollen. Eines scheint jedoch jetzt schon klar, wenn das Informationszentrum fertig, ist sollen alle anderen Infokästen, die an zahlreichn Stellen in der Kernstadt verstreut sind, verschwinden.

Umweltfragen

Strahlenkunde:

Radioaktive Stoffe entstehen durch die Spaltung von Uran 235. Man unterscheidet drei Arten von radioaktiver Strahlung. Alpha-Strahlung senden einen doppelpositiv-geladenen Heliumkern aus. Beim Beta-Zerfall wird ein Elektron abgegeben, bei vielen Zerfällen treten gleichzeitig auch Gamma-Strahlen auf.

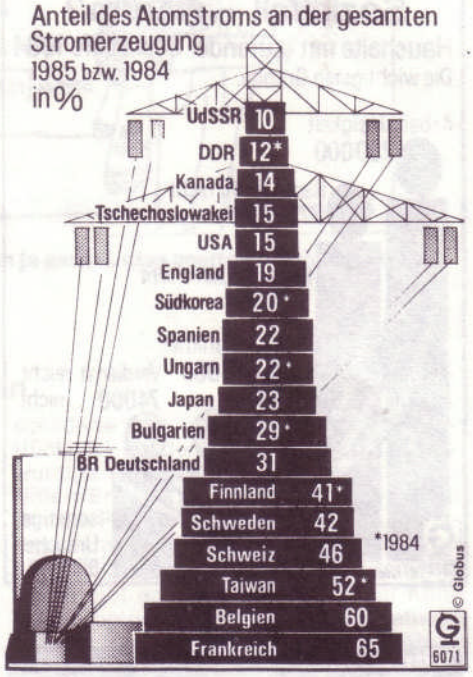
Die **Halbwertzeit** gibt den Zeitpunkt an, zu dem die Hälfte eines radioaktiven Stoffes zerfällt. Diese Halbwertzeiten sind höchst unterschiedlich: Bei Jod-131 beträgt sie acht Tage, bei Jod-129 aber 15 Millionen Jahre. Die Halbwertzeit darf nicht mit dem Erlöschen der Radioaktivität verwechselt werden. Sie wird eben lediglich halbiert.

Auswirkungen der Strahlung:
Treffen radioaktive Strahlen auf den Menschen, so zerstören oder schädigen sie Zellen, was bei hohen Strahlendosen zum Tod führt. Niedrige Dosen ziehen langfristige Schäden nach sich: Krebs, Leukämie, Veränderung der Erbanlagen usw.

Der Begriff **Grenzwert** bedeutet nicht, daß eine geringere Strahlendosis ungefährlich ist. Vielmehr meint man Strahlung bis zu dieser Grenze, um bestimmter Ziele willen, tolerieren zu können. Einen unteren Grenzwert für die durch Radioaktivität entstehende Gefährdung gibt es nicht. Jede Erhöhung der Belastung bedeutet auch eine Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, an Spätschäden der Strahlung zu erkranken.

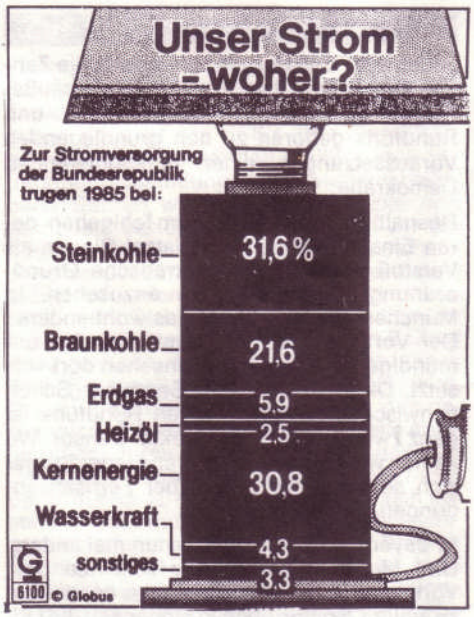
Abhängig von Atomstrom

Anteil des Atomstroms an der gesamten Stromerzeugung 1985 bzw. 1984 in %



Drückeberger

Der „rotdorn" nennt jedem auf Anfrage die Verfasser seiner Artikel. Nicht so die CDU, die solche Auskünfte ablehnt.
Liegt das daran, daß CDU-Autoren nicht genügend Zivilcourage besitzen? Dann sollte die CDU zunächst mal für die eigenen Leute ein Vermummungsverbot erlassen und sich von solchen Drückebergern trennen.



Zum Thema Schulentwicklungsplan

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ging es auch darum, ob das Medebacher Gymnasium eine Oberstufe erhalten könn Hallenberger Vertreter hatten bemängelt, daß ihre Schüler nach Besuch des Medebacher Gymnasiums ein zweites Mal die Schule wechseln müßten, wenn sie Abitur machen wollten. Die Einrichtung einer Oberstufe erscheint hier mindestens nicht ganz abwegig. Denn schon die hiesige Mittelstufe besuchen mehr Schüler als in Winterberg, Schmallenberg oder Marsberg. Deshalb hat der Schulausschuß am 2. 6. 1986 beschlossen, die Absicht zur Einrichtung einer Oberstufe in den Plan aufzunehmen.
Gegen diese Absicht sprach sich nur Herr Nottelmann (zum Thema Nottelmann gäbe es sicherlich noch einiges zu berichten — wir behalten uns vor, dieses ggf. nach Abschluß des laufenden Verfahrens zu tun) aus. Medebach habe nämlich bei der Aufstockung des Winterberger Gymnasiums ausdrücklich auf eine eigene Oberstufe verzichtet.
Das kann aber doch nicht entscheidend sein! Immerhin sind seit dem angeblichen Verzicht Jahrzehnte vergangen, außerdem sollte das Interesse unserer Kinder im Vordergrund stehen.

Neuer Vorstand gewählt

Auf der letzten Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins Medebach standen auch Vorstandswahlen auf dem Programm. Als Vorsitzender des Ortsvereins wurde Dietmar Bügler einstimmig wiedergewählt. Sein neuer Stellvertreter ist Erwin Lux. In ihen Ämtern als 1. Kassierer bzw. als Schriftführerin wurden Michael Hiemer und Brunhilde Sengen bestätigt. Neuer 2. Kassierer wurde Peter Marziniak. Aus dieser Position war Paul Meier ausgeschieden. Der mittlerweile 76jährige hatte aus Altersgründen auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Der Vorsitzende Bügler dankte dem ausgeschiedenen Kassierer für die langjährige, aufopferungsvolle Tätigkeit im Vorstand.
Als weitere Beisitzer im Ortsvereinsvorstand wurden Karl-Heinz Figgen, Willi Kürschner, Wolfgang Müller und Konrad Schmidt gewählt. Revisoren wurden Klaus Kralemann und Ludwig Ulrich.

Seniorenarbeit

Als Seniorenbeauftragter der SPD Medebach wurde Peter Marziniak gewählt. Ältere Mitbürger können sich mit Fragen, Anregungen und Problemen direkt an ihn wenden. Adresse: Peter Marziniak, Auf der Bleiche 32, 5789 Medebach, Telefon 8032.